

Beschluss (vorläufig)

Gutes Essen – gesunde Umwelt – globale Verantwortung

Wie wir Lebensmittel produzieren und konsumieren, ist eine der zentralen ökologischen und sozialen Fragen unserer Zeit. Es geht ums Ganze: Um die Ernährung aller Menschen mit guten Lebensmitteln und um globale Gerechtigkeit, um Klimaschutz und Artenvielfalt, um eine gesunde Umwelt und den ethischen Umgang mit Tieren. Überdies ist eine bäuerliche Landwirtschaft ein starkes Rückgrat für lebenswerte ländliche Räume und regionale Wirtschaftsstrukturen.

Doch die fortschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft schadet unserer Umwelt in bisher ungekanntem Ausmaß: Monokulturen zerstören Lebensräume, die zuvor reich an Pflanzen und Tieren waren. Der verstärkte Einsatz von Dünger und Pestiziden schädigt unsere Böden und belastet unser Wasser. Und weltweit stammen rund ein Drittel der Gase, die das Klima anheizen, aus Tierhaltung und Landwirtschaft.

Bewegung für eine andere Landwirtschaft

Immer mehr Menschen haben diese Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft satt. Sie demonstrieren gegen Industrieställe, in denen Tiere auf engstem Raum zusammen gezwängt werden. Sie wenden sich gegen den wachsenden Einfluss von multinationalen Agrarkonzernen wie Monsanto auf unsere Lebensmittelversorgung und gegen eine Lebensmittelwirtschaft, die auf billige Preise statt Qualität und auf künstliche Aromen statt Geschmack setzt. Und sie finden sich nicht ab mit einer globalen Ungerechtigkeit, die auf der einen Seite Überfluss produziert und doch jeden neunten Mensch auf der Erde hungrig zurück lässt. Agrar- und Ernährungspolitik ist ein Grünes Thema der ersten Stunde. Seit unserer Gründung setzen wir uns auf Landes-, Bundes- und Europaebene für Veränderungen ein und haben Ernährung und Landwirtschaft zu einem Thema gemacht, das die Gesellschaft bewegt.

In der Gesellschaft ist eine vielfältige Bewegung entstanden, deren Teil wir sind. Diese Bewegung bringt VerbraucherInnen, ImkerInnen und LandwirtInnen zusammen, FeinschmeckerInnen, VegetarierInnen und VeganerInnen, GewerkschafterInnen, die für faire Bedingungen in der Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung kämpfen, und Eine-Welt-Gruppen, die Dumping-Exporte in die ganze Welt kritisieren. Zugleich entstehen landauf landab neue Initiativen, in denen Menschen zeigen, dass es auch anders geht: *Urban gardening* trägt die Landwirtschaft in die Städte, *Food Sharing*-Initiativen teilen überschüssige Lebensmittel, statt sie wegzuwerfen, vegetarische Initiativen klären über den Zusammenhang von Fleischkonsum und Nachhaltigkeit auf und Projekte solidarischer Landwirtschaft bringen VerbraucherInnen und LandwirtInnen zusammen. In den Städten wie auf dem Land wächst das Bewusstsein, dass Regionalität kein kurzlebiger Trend ist, sondern die Umwelt schont, für Qualität steht und Arbeitsplätze schafft. Gemeinsam mit dieser Bewegung streiten wir Grüne

- für sichere Lebensmittel ohne Gentechnik, Antibiotika und Pestizide,
- für eine vielfältige bäuerliche Landwirtschaft im Einklang mit der Natur und mit Achtung vor den Tieren,
- für fairen Handel und das Recht auf Nahrung für alle.

Für eine grüne Ernährungs- und Agrarwende

Doch die Bundesregierung fördert unverdrossen die Massentierhaltung, setzt auf Agrarexporte, öffnet der Gentechnik Hintertüren und weicht selbst die bescheidenen Umweltstandards der europäischen Landwirtschaftspolitik noch weiter auf. Dafür, dass Agrarmilliarden vor allem Größe belohnen und nicht Qualität, haben CDU, CSU und SPD sogar massiv in der EU lobbyiert. Dies bringt Bäuerinnen und Bauern um ihre Existenz und die Gesellschaft um ihre Vielfalt und Kultur. Weniger als 1% der Großbetriebe bekommen deshalb ein Sechstel der Agrarsubventionen. Es ist höchste Zeit für einen Politikwechsel!

Wir Grüne sind die politische Kraft, die sich dieser falschen Politik der Großen Koalition mit schlüssigen Konzepten für eine zukunftsfähige Ernährungs- und Agrarpolitik entgegenstellt. Als FürsprecherInnen des Verbraucher-, Tier- und Umweltschutzes haben wir das Thema Ernährung auf die politische Agenda gesetzt und eine Agrarwende eingeleitet, von der auch die Bäuerinnen und Bauern profitieren. Für den Erhalt und die Förderung einer bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft fordern wir Programme zum Ausgleich von Strukturnachteilen kleiner und mittlerer Betriebe und die Entlohnung der vielfältigen sozialen und ökologischen Leistungen, die diese Betriebe für die Gesellschaft erbringen. Heute setzen sechs grüne Agrarministerinnen und -minister neue Maßstäbe. Sie richten die Agrarförderprogramme ökologisch aus und setzen konsequent mehr Tierschutz durch. So beweisen sie täglich neu: Eine neue Ernährungs- und Agrarpolitik gibt es nur mit grün!

I. Für sichere Lebensmittel ohne Gentechnik und Antibiotika

Gutes Essen ist eine Frage von Gesundheit und Genuss, Individualität und Lebensqualität. Was ich esse oder nicht, entscheide ich selbst. Aber für sichere Lebensmittel, transparente Informationen und eine faire, tier- und umweltgerechte Erzeugung muss die Politik sorgen. Weil unser Konsumverhalten auch Einfluss auf unsere Umwelt und die Lebensbedingungen anderer Menschen weltweit hat, wollen wir durch ehrliche Informationen bewusste Konsumententscheidungen ermöglichen und angemessene Standards etablieren. Qualität von Lebensmitteln heißt für uns nicht nur hygienische und geschmackliche Standards, sondern u.a. auch, dass keine chemischen Pestizide verwendet und Tiere artgemäß gehalten werden.

Gutes Essen: sicher und transparent

Gute, schadstofffreie Lebensmittel dürfen kein Privileg sein, das sich nur wenige leisten können. Deshalb setzen wir Grüne uns für hohe Lebensmittelstandards, Transparenz und konsequenten Verbraucherschutz ein. Wir wollen gute Lebensmittel für alle. Das erfordert strenge gesetzlichen Vorgaben und Kontrollen für den Einsatz von Antibiotika und Pestiziden ebenso wie für Schadstoffe in der Lebensmittelverpackung. Kleine bäuerliche Betriebe und handwerkliche Verarbeitungsbetriebe sollen dabei unterstützt werden, die Anforderungen an Dokumentationspflichten und produktspezifische Qualitätsstandards zu erfüllen.

Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher wollen zu Recht wissen, was die Lebensmittel auf ihrem Teller enthalten und wie sie produziert wurden. Lebensmittelverpackungen müssen die Wahrheit sagen, anstatt durch falsche Gesundheitsversprechen und Bilder ländlicher Idylle Dickmacher oder Produkte aus Massentierhaltung zu verschleiern. Darum fordern wir einfache Orientierungshilfen wie die Nährwertampel, eine aussagekräftige Kennzeichnung von Fleisch und Wurst und die Kennzeichnung tierischer Inhaltsstoffe. Wie beim Erfolgsmodell der Eierkennzeichnung sollen VerbraucherInnen auf den ersten Blick erkennen können, ob die Tiere ökologisch, im Freien und mit ausreichendem Platz gehalten wurden - oder ob sie aus der Massentierhaltung stammen.

Gutes Essen: gentechnikfrei

Gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere haben auf unseren Tellern, auf dem Acker und in der Natur nichts zu suchen. Über 80 Prozent der Deutschen lehnen sie kategorisch ab. Auch die meisten LandwirtInnen sind gentechnik-kritisch. Dennoch hat die schwarz-rote Bundesregierung in Brüssel die Zulassung neuer gentechnisch veränderter Maissorten durchgewunken. Schlimmer noch: Sie hat verhindert, dass die europäischen Zulassungsverfahren verschärft oder der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ganz verboten wird. Wir Grüne setzen uns konsequent gegen den Anbau und den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft ein. Deshalb fordern wir: Keine neuen Zulassungen von GVO in Europa! Solange GVO in Europa noch zugelassen sind, muss die Bundesregierung alle Spielräume ausschöpfen, den Anbau in Deutschland zu verhindern, die Kennzeichnungslücke für Eier, Fleisch und Milch zu schließen und die Herstellung gentechnikfreier Lebensmittel schützen.

Gutes Essen - antibiotikafrei

Antibiotika sind eine der wichtigsten Errungenschaften in der modernen Medizin und retten jährlich Millionen Menschenleben. Verschwendeter, unkontrollierter Einsatz in der industriellen Massentierhaltung führt zu Resistenzbildungen und Multiresistenzen bei Keimen, die auch dem Menschen gefährlich werden können. Schon heute sterben 15.000 bis 30.000 Patienten pro Jahr in Deutschland, weil Antibiotika unwirksam geworden sind. Die Situation wird durch den Einsatz von Reserveantibiotika in der Tierhaltung noch verschärft. Um auch zukünftig wirksame Antibiotika gegen Infektionskrankheiten zur Verfügung zu haben, müssen die Haltungsbedingungen und Zuchtziele der Nutztiere so verändert werden, dass der Einsatz von Antibiotika nur im Einzelfall bei kranken Tieren zur Anwendung kommen muss. Sogenannte Reserveantibiotika, die meist als letzte Behandlungsmöglichkeit gelten, weil die gängigen Antibiotika nicht mehr wirken, müssen ausschließlich für den Einsatz in der Humanmedizin vorrätig gehalten werden und dürfen nicht in der Tierhaltung eingesetzt werden.

Gutes Essen: bio-logisch

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger kaufen „Bio“. Das haben wir Grüne mit dem Bundesprogramm Ökolandbau und dem Biosiegel 2001 angestoßen. Doch falsche Bundespolitik der letzten neun Jahre haben das Wachstum der Bio-Fläche ausgebremst, bestehende und angehende Bio-Landwirte massiv verunsichert und die Kluft zwischen heimischer Produktion und importierten Lebensmitteln weiter vergrößert. Die heimische Produktion ist nicht in der Lage, die wachsende Nachfrage zu befriedigen. Immer mehr Bio-Lebensmittel müssen importiert werden. Das ist ein Armutszeugnis für die Politik der Bundesregierung.

Die grün mitregierten Länder nehmen diese Fehlentwicklungen in Angriff, indem sie den ökologischen Landbau besonders stark fördern und den Aufbau regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen und somit die Wertschöpfung vor Ort stärken. Doch um der Ökolandwirtschaft wirklich zum Durchbruch zu verhelfen, muss auch die Bundesebene umsteuern. Die Benachteiligung des Ökolandbaus und die Bevorzugung der konventionellen Massenproduktion müssen aufhören. Wir wollen umweltschädliche Subventionen abbauen und stattdessen Leistungen des ökologischen Landbaus und der Regionalität für die Natur und die Gesellschaft stärker honorieren. Mehr öffentliche Forschungsmittel sollen den Ökolandbau voranbringen und weiterentwickeln. Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass die Novellierung der EU-Öko-Verordnung nicht zum Fallstrick für die Öko-Branche wird.

Gutes Essen: regional und saisonal

Viele Lebensmittel werden um die ganze Welt transportiert, damit wir sie hier zu jeder Zeit verfügbar haben. Die ständige Verfügbarkeit ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die unser Klima und unsere Umwelt nachhaltig belastet. Damit VerbraucherInnen die Herkunft der Lebensmittel erkennen können und sich für regionale Lebensmittel entscheiden können, brauchen wir verpflichtende Herkunftsangaben und eine einheitliche Regionalkennzeichnung.

Gutes Essen: gesund von Anfang an

Um auch beim Essen allen Kindern von Anfang an die besten Entwicklungschancen zu geben, sehen wir eine gute Verpflegung in Kita und Schule als Schlüsselaufgabe der Ernährungspolitik. Übergewicht ist für Kinder eines der größten Krankheitsrisiken in Deutschland. Um dies zu überwinden, wollen wir auch die soziale Dimension von Ernährung stärker in den Fokus rücken. Grünes Ziel ist der flächendeckende Ausbau einer gesunden Kita- und Schulverpflegung, begleitet von mehr Ernährungsbildung um Kindern und Jugendlichen eine eigene Ernährungskompetenz mit auf den Weg zu geben. Ernährungsbildung muss lebenspraktisch gerade auch in der Schule vermittelt werden und neben dem Wissen über gesunde Ernährung Zusammenhänge in der Nahrungsmittelproduktion beinhalten. Wir wollen die Länder dabei unterstützen und dafür ein Bundesprogramm auflegen. Mit dem Programm wollen wir den Bau von Mensen und Küchen fördern, die Vernetzungsstellen für Kita- und Schulverpflegung ausbauen und ErzieherInnen, LehrerInnen und KöchInnen schulen. Um die Qualität der Verpflegung zu sichern, sollten die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zur Förderaufgabe werden. Erhalt und Förderung der Gesundheit hängen ganz wesentlich auch von gesunder Ernährung ab. Wir wollen daher mit dem Präventionsgesetz auch die Institutionen in den Lebenswelten stärken, um gesunde Ernährung zum festen Bestandteil in Kitas, Schulen, Pflegeeinrichtungen und anderen Einrichtungen zu machen. Kitas und Schulen müssen frei von kommerzieller Werbung sein. Wo Selbstverpflichtung für Lebensmittelmarketing, das sich an Kinder richtet, nicht umgesetzt werden, müssen gesetzliche Regelungen getroffen werden.

Gutes Essen: Klasse statt Masse

Elf Millionen Tonnen Lebensmittel landen in Deutschland jährlich in der Tonne. Doch die Verantwortung tragen nicht allein die VerbraucherInnen. Ein großer Teil der Lebensmittelabfälle entsteht bei der Herstellung, in der Gastronomie und im Handel.

Lebensmittel verdienen mehr Wertschätzung - sie sind zu wichtig, um sie wegzuworfen. Ein System, das auf Überschuss produziert, ist nicht länger tragbar. Wir brauchen politische Anreize, die Qualität fördern und nachhaltigen Wohlstand steigern. Als Grüne setzen wir uns deswegen für die Entkriminalisierung des sogenannten „Containerns“ ein. Menschen, die noch genießbare Lebensmittel aus der Mülltonne holen, setzen ein Zeichen gegen die Wegwerfgesellschaft und sind für uns keine VerbrecherInnen.

Paradoxerweise werden Lebensmittelverschwendung und steigende Gesundheitskosten aufgrund falscher Ernährung vom Bruttoinlandsprodukt unter dem Strich als Zugewinn an Wohlstand verbucht. Das zeigt, wie dringend wir einen anderen Begriff von Wohlstand, eine kritische Debatte über Wachstum und neue Indikatoren für Lebensqualität brauchen – auch und gerade beim Elementarsten, unseren Lebensmitteln.

II. Für eine bäuerliche Landwirtschaft im Einklang mit der Natur

Agrarindustrie zerstört bäuerliche Landwirtschaft. Wir Grüne stehen dagegen für eine umweltverträgliche Landwirtschaft, die das Klima schützt und die Artenvielfalt bewahrt. Wir wollen eine Landwirtschaft, die in Kreisläufen und im Einklang mit der Natur wirtschaftet und Bäuerinnen und Bauern ein gutes Leben und gutes Wirtschaften ermöglicht. Das heißt Bauernhöfe statt Agrarfabriken, artgemäße Tierhaltung statt Megamastanlagen und eine vielfältige Kulturlandschaft statt eintöniger Monokulturen. Entsprechend wollen wir die Agrarförderung der EU radikal umkrempeln. Wir wollen eine grundlegende Wende in der Ausrichtung der Landwirtschaft. Weg von der einseitigen Exportorientierung - hin zu einer auf Qualität, Vielfältigkeit und lokale Erzeugung ausgerichteten Landwirtschaft, bei der die Menschen und die Natur im Mittelpunkt stehen.

Landwirtschaft der Zukunft: bäuerlich und ökologisch

Unser Leitbild ist eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft in ihrer breitesten Vielfalt an Betriebsmodellen, Ausprägungsformen und regionalen Unterschieden. Ob bäuerliche Familienbe-

triebe, Genossenschaften, Betriebs- und Hofgemeinschaften oder neue solidarische Erzeugerverbrauchergruppen: Bäuerliche Landwirtschaft ist keine romantische Idealisierung, sondern die Antwort auf die globalen Herausforderungen dieser Tage. Sie dient der dörflichen Bevölkerung und fördert den sozialen Zusammenhalt.

Grüne widersetzen sich dem „Wachse oder weiche“-Kurs der schwarz-roten Agrarpolitik.

Deutschland hat einen unvorstellbaren Verlust landwirtschaftlicher Vielfalt erlebt: 27 % der Betriebe haben seit 2005 aufgegeben. Der ländliche Raum erodiert, und mit ihm die regionalen Netzwerke und die lokale Versorgung mit Lebensmitteln. Das wird verstärkt durch steigende Bodenpreise und den Aufkauf landwirtschaftlicher Flächen durch Banken und Konzerne. Grüne Landwirtschaftspolitik will das Höfe-Sterben beenden und fördert kleine und mittlere Betriebe. Und sie unterstützt die wachsende Zahl junger Menschen, die eine landwirtschaftliche Existenz gründen wollen, aber nur sehr schwer Zugang zu Land und Geld bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass landwirtschaftliche Flächen in der öffentlichen Hand nicht weiter privatisiert werden, sondern zur Unterstützung von ökologischen Betrieben und zur Hofneugründung eingesetzt werden. Der gesetzliche Auftrag der BVVG (Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft) ist entsprechend neu zu formulieren.

Eine bäuerliche, ökologische und tiergemäße Landwirtschaft erfüllt die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger nach guten Lebensmitteln, stellt die Nahversorgung besonders in den Regionen sicher, die stark vom demographischen Wandel betroffen sind, erhält unsere natürlichen Ressourcen und Kulturlandschaften, stärkt die Wertschöpfung in den ländlichen Regionen. und gibt Bäuerinnen und Bauern die Möglichkeit, landwirtschaftlich zu arbeiten und davon zu leben. Sie erhält und schafft Arbeitsplätze - zusammen mit anderen Zukunftsbranchen im ländlichen Raum wie dem naturnahen Tourismus, dem regionalen Lebensmittelhandwerk wie Bäckereien oder Fleischereien oder den erneuerbaren Energien.

Der besonderen Situation der Bäuerinnen und Bauern in den ostdeutschen Ländern werden wir weiter Rechnung tragen. Wir werden das vielfältige Unrecht durch die Zwangskollektivierung in der DDR, aber auch die teils rechtsungültige LPG-Umwandlungen nach 1989 weiter unbeirrt aufarbeiten. Dabei werden wir die Konsequenzen des geschehenen Unrechts und der rechtswidrigen Vorgänge für die individuellen Biografien der Bäuerinnen und Bauern, für die Sozial- und Agrarstruktur der ländlichen Räume und für die heutige teils verfehlte Landwirtschaftspolitik in Deutschland weiter öffentlich machen, die Betroffenen unterstützen und für ihre Bürgerrechte eintreten.

Landwirtschaft der Zukunft: Schluss mit der Massentierhaltung

Massentierhaltung und übermäßige Fleischproduktion sind ein Problem – für die Welternährung, fürs Weltklima, für das Wohl der Tiere und auch für unsere Gesundheit. Immer mehr Menschen ziehen daraus persönliche Konsequenzen und essen weniger oder gar kein Fleisch oder achten bei Steak und Schnitzel besonders auf Qualität und Herkunft. Viele Bäuerinnen und Bauern wollen ihre Tiere nicht den Ställen anpassen. Sie wollen im Einklang mit den Bedürfnissen der Tiere und der Natur wirtschaften. Diese Bemühungen haben ihren Preis und werden von uns politisch unterstützt. Politisch kommt es darauf an, die falschen politischen Rahmensetzungen zu verändern. Gequälte Tiere in Industrieställen, importiertes Gensoja, Antibiotika-Missbrauch und Dumping-Wettbewerb in der Fleisch- und Milchindustrie – das sind die Missstände, die die Bundesregierung weiter vorantreibt. Wir Grüne wollen damit Schluss machen. Darüber hinaus setzen wir Grüne uns auch für mehr Selbstverständlichkeit von veganer und vegetarischer Ernährung ein. Wir wollen mehr Ernährungsvielfalt in öffentlichen Einrichtungen, mit vollwertigen Gerichten auch für VegetarierInnen und VeganerInnen.

Die grünen AgrarministerInnen der Länder haben bereits eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung des Tierschutzes in der Nutztierhaltung unternommen: Gegen das millionenfache Töten männlicher Küken, gegen Schnabelkürzen und Schwänzeabschneiden. Für mehr Platz im Stall und artgemäßere Haltung, die den Bedürfnissen der Tiere nach Bewegung und artgemäßem Verhalten gerecht werden. Wir glauben nicht, dass die aktuellen Vorgaben für die Tierhaltung

ausreichend sind: Im Moment muss einem 100 kg schweren Mastschein nur 0,75 m² zur Verfügung gestellt werden; auf einem Quadratmeter dürfen bis zu 24 Hähnchen gehalten werden. Dieser Weg muss endlich auch bundesweit besritten werden. Wir wollen alle Subventionen und Ausnahmen für die Massentierhaltung streichen. Stattdessen fordern wir ein neues Tierschutzrecht, dass Qualzucht und quälnerische Massentierhaltung beendet. Wir wollen strengere Regeln im Bau- und Immissionsschutzrecht, um die Umwelt- und Gesundheitsbelastungen der Megaställe zu reduzieren, und die Mitspracherechte für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Nur eine flächengebundene Tierhaltung kann die Anforderungen einer nachhaltigen Landwirtschaft erfüllen, Gülleseen vorbeugen und maßlosen Sojaimport beenden.

Das Wohlergehen der Tiere muss endlich als öffentliches Schutzgut wahrgenommen werden. Und das unnötige Leid, das wir ihnen bei Haltung und Schlachtung zufügen, dürfen wir als Gesellschaft nicht weiter hinnehmen. Unsere Mitgeschöpfe sind keine empfindungslosen Produktionseinheiten. Tierschutz muss konsequent umgesetzt und honoriert werden, Billigfleisch und Billigmilch sind keine Zeichen des Wohlstandes einer Gesellschaft, sondern ein Zeichen für eine ethische Leerstelle bei der Lebensmittelproduktion.

Landwirtschaft der Zukunft: Öffentliches Geld für öffentliche Leistung

Die europäischen Gelder für die Landwirtschaft dürfen nicht weiter in die falschen Strukturen fließen. Jedes Jahr unterstützt die Europäische Union die Landwirtschaftsbetriebe mit insgesamt 55 Mrd. €. Der überwiegende Teil davon wird unabhängig von ihrer Produktionsweise nach Fläche verteilt. Statt Qualität wird Größe belohnt. Die Bilanz dieser Agrarpolitik ist verheerend: für VerbraucherInnen, BäuerInnen und Umwelt. Statt die Milliarden mit der Gießkanne pauschal über die Flächen auszukippen, verfolgen wir Grüne einen anderen Grundsatz: Öffentliches Geld nur noch für öffentliche Leistungen wie etwa Klima-, Umwelt- oder Tierschutz! Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU 2013 hat allenfalls einen Trippelschritt in die richtige Richtung gebracht. Die anstehende Halbzeitbewertung und die nächste Förderperiode müssen hier eine komplette Kehrtwende bringen.

Zwar konnten die grünen Agrarministerinnen und -minister Gelder für die ländliche Entwicklung, Agrarumweltprogramme und kleinere Betriebe umschichten. Aber die Förderung einer umweltfreundlicheren Landwirtschaft wurde von der großen Koalition in Kumpanei mit den Lobbyverbänden der Agrarindustrie komplett ausgehöhlt. Wir wollen zunächst alle verbleibenden Spielräume nutzen, um die Vergabe der Agrargelder an ökologische und soziale Kriterien zu binden. Unser Ziel ist der Erhalt und der Neuaufbau von regionalen Wertschöpfungsketten durch bäuerliches Wissen und handwerkliches Können in Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung. Der Weg ist die Attraktivitätssteigerung des ländlichen Raumes als Lebens- und Arbeitsraum.

Wir Grüne setzen uns in diesem Zusammenhang dafür ein, dass wir von der Förderstruktur in ihrer jetzigen Form wegkommen. Eine Förderung der großen Betriebe über die Fläche nach dem Gießkannenprinzip und konditionslose direkte Einkommensunterstützung lehnen wir ab. Ziel ist es die bäuerlichen Landwirtschaft in ihrer sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedeutung für den ländlichen Raum zu erhalten. Die Agrarförderung muss auf landwirtschaftliche Strukturpolitik, auf Umwelt- und Klimaziele fokussieren. Sie muss dem Strukturwandel entgegenwirken und die Vielfalt der landwirtschaftlichen Betriebe erhalten. Die sozialen und ökologischen öffentlichen Leistungen der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe müssen deshalb honoriert werden und strukturelle Nachteile gegenüber agrarindustriellen Unternehmen ausgeglichen werden. Geld darf in Zukunft nur noch dann fließen, wenn regionale oder strukturelle Herausforderungen sowie besondere ökologische und Agrarumweltleistungen dies begründen.

Landwirtschaft der Zukunft: klimafreundlich

Die Landwirtschaft ist beim Klimawandel Täter und Opfer zugleich. Rund ein Drittel aller klimaschädlichen Gase gehen weltweit auf ihre Kosten. Gleichzeitig leiden Bäuerinnen und Bauern unter den Dürren, den Starkregen und den Stürmen, die die bereits beginnende Klimakatastrophe mit sich bringt. In Deutschland werden seit Jahren auf Grund der Massentierhaltung die

zulässigen Ammoniak- und Nitratemissionen überschritten. Die intensive Düngung belastet Böden, Gewässer und Grundwasser. Dadurch werden Artenvielfalt, Wälder, Flüsse, Meere und unser Trinkwasser geschädigt.

Dabei geht es auch anders. Eine umweltfreundliche Landwirtschaft kommt ohne all das aus, was die Klimabilanz nach oben treibt. Sie arbeitet ohne Überdüngung. Sie strebt nicht danach, möglichst viele Tiere auf eine begrenzte Fläche zu zwängen und Wälder für den Anbau von Futtermitteln abzuholzen. Und sie erhält wertvolle Wiesen, Weiden und Moore als wichtige CO₂-Speicher. Die Rahmenbedingungen für eine solche Landwirtschaft zu setzen, ist Kernanliegen grüner Politik. Dafür wollen wir mit Klimaschutzgesetzen in Bund und Ländern konkrete Ziele auch für die Landwirtschaft vorgeben.

Unser Ziel ist eine postfossile Landwirtschaft, die in möglichst geschlossenen Stoffkreisläufen arbeitet, energieaufwendige Transporte minimiert und vorrangig mit regional verfügbaren natürlichen Ressourcen wirtschaftet.

Landwirtschaft der Zukunft: artenreich

Die Agrarpolitik muss konsequent auf den Erhalt der Vielfalt von Pflanzen und Tieren ausgerichtet werden. In den vergangenen Jahrhunderten hat die Landwirtschaft die Schönheit unserer Kulturlandschaften gestaltet und die Artenvielfalt vergrößert. Heute ist die Agrarindustrie zum Artenkiller Nummer eins geworden. Auch dieser Trend muss auf allen Ebenen gedreht werden. Dazu wollen wir Wiesen, Weiden und Moore, aber auch Hecken Gehölze und Säume schützen – mit einem Mix aus guter Beratung, zielgenauer Förderung und den richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen. Streuobstwiesen stellen mit über 5.000 Tier- und Pflanzenarten sowie rund 3.000 Obstsorten "Hot spots" der Biologischen Vielfalt und ein wertvolles Kulturerbe dar. Sie liefern mit ihrem Obst einen regionalen Beitrag zu einer gesunden und genussvollen Ernährung. Wir unterstützen daher die Aufpreisvermarktung von Streuobstprodukten, um sowohl faire Preise für die BewirtschafterInnen als auch die Einhaltung ökologischer Kriterien zu erreichen.

Bienen sind als Bestäuber unersetzbar und ein Schlüsselindikator für intakte Natur. Das weltweite Bienensterben macht deutlich, dass der Einsatz von Pestiziden reduziert werden muss und es dringend nötig ist, die Zulassungsverfahren zu verschärfen. Insbesondere die Nutzung von Neonicotinoiden muss beendet werden. Auch Totalherbizide wie Glyphosat gehören total verboten! Um Vielfalt auch bei den landwirtschaftlichen Pflanzensorten und Tierrassen zu erhalten, wehren wir uns gegen Saatgutmonopole, Biopatente und Klonfleisch.

III. Für fairen Handel und das Recht auf Nahrung für alle

Noch immer ist Hunger eine der größten Geißeln der Menschheit. Obwohl heute so viel Lebensmittel wie noch nie produziert werden, leiden aufgrund von ungerechter Verteilung, Kriegen, Armut und einer verfehlten Welthandels- und Agrarpolitik über 800 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung. Weltweit sind an die zwei Milliarden Menschen von Mangelernährung betroffen. Die oft fehlende Versorgung mit lebenswichtigen Vitaminen und Mineralstoffen hat sowohl langfristige unumkehrbare Auswirkungen auf die Gesundheit wie auch sozioökonomische Konsequenzen für die Gesellschaften.

Verantwortlich handeln: Den Hunger überwinden

Hunger und Unterernährung können nur mit einer entschlossenen, kohärenten Strategie bekämpft werden, deren Herzstück eine globale Agrarwende sein muss. Ihr Erfolg wird auch darauf beruhen, dass die große Rolle der Frauen bei der Nahrungsmittelproduktion anerkannt und daher die Geschlechterperspektive und Einbeziehung von Frauen in die Entscheidungen bei agrarpolitischen Maßnahmen zentral berücksichtigt werden. Der Weltagrarbericht der Vereinten Nationen zeigt einen Weg auf, um die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung und zugleich unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern - den grünen Weg. Er empfiehlt die Stärkung bäuerlicher Strukturen, regionaler Erzeugung, umweltschonender Produktion und die Reduktion des Konsums von Fleisch und tierischen Lebensmitteln. Diesen Weg wollen wir gehen

und auf diesem Weg müssen wir insbesondere Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in den Ländern des Südens unterstützen.

Die Art und Weise, wie wir produzieren und konsumieren, verbraucht in den Ländern des globalen Südens Fläche und Ressourcen, die den Menschen vor Ort für den Anbau ihrer Lebensmittel fehlen. Landgrabbing gefährdet somit die Ernährungssicherheit vor allem von Menschen, die in Armut leben. Zusätzlich werden durch Spekulationen auf Nahrungsmittel stark schwankende und steigende Nahrungsmittelpreise befördert. Dagegen wollen wir schärfere globale Regeln und fordern, dass die Leitlinien der Vereinten Nationen zum verantwortungsvollen Umgang mit Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern verbindlich umgesetzt werden. Global nimmt die pro Kopf verfügbare Agrarfläche rapide ab, nicht nur wegen des Bevölkerungswachstums, sondern auch durch rasante Urbanisierung, Erosion und Wüstenausbreitung. Ein besonderes Risiko für die globale Ernährungssicherung liegt im globalen Klimawandel, der zu zunehmend unsicheren Ernteerträgen führen wird.

Auch deshalb muss die Ernährungssouveränität zu einem politischen Leitmotiv werden. Sie beschreibt das Recht der Menschen und souveräner Staaten, auf demokratische Weise ihre eigenen Agrar- und Ernährungspolitiken zu bestimmen, statt nur passiv darauf zu vertrauen, mit Nahrungsmitteln versorgt zu werden.

Verantwortlich handeln: fairer Welthandel

Nur fairer Handel ist freier Handel – das gilt besonders für das sensible Feld der Lebensmittel und Agrargüter. Nahrungsmittelpreise sind längst zum Spielball von finanzmarktorientierter Spekulation und Renditemaximierung geworden. Wir wenden uns gegen Dumping-Exporte und Spekulationsgeschäfte mit dem Hunger genauso wie gegen Handelsbarrieren, die ErzeugerInnen aus dem Süden den Marktzugang nach Europa erschweren.

Alle Handelsabkommen müssen auf den Prüfstand. Ziel muss es sein, regionale Wertschöpfung und hohe Verbraucher- und Umweltstandards zu unterstützen. Zudem gilt: Alle Menschen haben ein Recht auf Nahrung. An diesem fundamentalen Menschenrecht muss sich jede Außen- und Handelspolitik ausrichten.

Verantwortlich handeln: TTIP und CETA stoppen

Gerade im Ernährungs- und Agrarsektor sind durch die geplanten Handelsabkommen CETA und TTIP tiefgreifende Auswirkungen zu befürchten. Diese Abkommen drohen Lebensmittel- und Umweltstandards auf beiden Seiten des Atlantiks auszuhöhlen. TTIP entpuppt sich schon während der laufenden Verhandlungen als Türöffner für Gentechnik auf europäischen Tellern und Äckern und verhindert schon jetzt, dass endlich auch tierische Produkte wie Fleisch, Milch oder Eier gekennzeichnet werden müssen, bei deren Erzeugung gentechnisch veränderte Futtermittel zum Einsatz kamen. Und beide Abkommen bergen die Gefahr, dass multinationale Konzerne Verbraucherschutz- und Umweltnormen durch Klagen vor privaten Schiedsgerichten aushebeln können. VerliererInnen der Abkommen wären gerade auch die Entwicklungs- und Schwellenländer des Südens, deren Produkte aus der neuen Freihandelszone ausgeschlossen sind. Deshalb dürfen diese Abkommen so nicht abgeschlossen werden!

Verantwortlich handeln: Lebensmittel-Monopole verhindern

Auf dem Lebensmittel-Markt findet ein gewaltiger Konzentrations-Prozess statt. Schon heute kontrollieren nur drei Konzerne - Monsanto, DuPont und Syngenta – mehr als die Hälfte des internationalen Saatgut-Markts. Cargill, ADM & Co. dominieren den Handel mit Agrarrohstoffen. Und auch im Bereich der Lebensmittelproduktion und im Lebensmittelhandel ist die Konzentration weit vorangeschritten. Auch bei uns in Deutschland vereinen immer weniger Akteure immer mehr Marktmacht auf sich und verdrängen regionale Strukturen. So kontrollieren wenige Schlachtunternehmen den europäischen Fleischmarkt und einige wenige Molkereien dominieren das Geschäft mit der Milch. Ergebnis dieser Monopolisierung ist eine Entwertung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die BäuerInnen können nicht mehr von ihren Produkten leben und den VerbraucherInnen gehen Qualität und Produktreichtum einer vielfältigen Landwirt-

schaft und eines vielgliedrigen Lebensmittelhandwerks verloren. Dieser Trend zur Uniformität und die Abhängigkeit der ProduzentInnen und KonsumentInnen schreitet unablässig voran und gefährdet damit auch einen Teil unserer Esskultur. Union und SPD sehen dieser Monopolisierung tatenlos zu oder leisten sogar noch aktiv politische Schützenhilfe. Dieser Entwicklung müssen und werden wir uns entgegenstellen.

Die notwendige Wende in der Ernährungs- und Agrarpolitik gibt es nur mit starken Grünen in Europa, Bund und Ländern!